

Sexueller Missbrauch: Im Spannungsfeld zwischen Schutzbedürfnis und Resozialisierung

Wie ein Memminger Kinder besser schützen will

Petition I Der Missbrauchsfall von Bergisch Gladbach hat den Memminger Martin Raab schockiert. Er setzt sich deshalb dafür ein, dass Sexualstraftäter künftig in einer öffentlichen Datenbank erfasst werden. Wie er das erreichen will

VON DAVID SPECHT

Memmingen Lancieren bedeutet, et was in die Öffentlichkeit zu bringen. Eine Schlagzeile gewissermaßen. Für einige davon sorgte im vergangenen Jahr der Missbrauchsskandal in Bergisch Gladbach. Ein Mann soll seine Tochter bereits im Alter von drei Monaten erstmals missbraucht haben, die Taten gefilmt und ins Internet gestellt haben. Vor Kurzem wurde er zu zwölf Jahren Haft verurteilt.

Bei den Ermittlungen dazu stießen Polizisten auf ein riesiges Netzwerk von Pädophilen und Kriminellen. Es gibt 30 000 Datenspuren wie IP-Adressen und Tarnnamen zu einer unbekannt Anzahl an Verdächtigen. Diese Aussage ließ den Memminger Martin Raab nicht in Ruhe. „Auf gut Deutsch heißt das: Es gibt weitaus mehr Kinder-Gefährder als angenommen und sie sind näher an unseren Kindern dran, als wir denken.“ Für Raab steht deshalb fest, dass neben den Taten noch etwas anderes lanciert, also in die Öffentlichkeit gebracht werden muss: die Namen der Straftäter.

Geschehen soll dies durch eine öffentlich einsehbare Datenbank, in der verurteilte Sexualstraftäter aufgeführt sind. Somit könnten Eltern laut Raab, der selbst Vater eines Kindes ist, „bei einem komischen Gefühl oder per se immer fremde neue Personen online checken, die alleine oder nahezu alleine Umgang und Zugang zu Kindern bekommen



„Ich habe viele
Mutmach-
E-Mails
bekommen.“

Martin Raab

oder suchen.“ Um das zu erreichen, startete der 41-Jährige die Petition „Lancierung bundesweiter Online-Datenbank zu Straftätern wg. Kindesmissbrauch“ an den Deutschen Bundestag. „Die Initiative ist der logische Schritt, um nicht noch länger solchen Horror-Schlagzeilen hilflos entgegenzusehen“, sagt er.

Eine Petition, also eine Bitte oder Beschwerde, darf nach Artikel 17 des Grundgesetzes jeder Deutsche an das Parlament, den Bundespräsidenten und Behörden verfassen. Der Empfänger ist verpflichtet, eine solche Petition zu beantworten. Im Bundestag gibt es dafür eigens einen



Der Memminger Martin Raab möchte mit einer öffentlichen Datenbank, in der verurteilte Sexualstraftäter gelistet sind, eine Möglichkeit für Eltern schaffen, gefährliche Personen im Umfeld ihrer Kinder einfach zu erkennen. Symbolfoto: Kaya

Petitionsausschuss. Eine Antwort bedeutet freilich nicht, dass der Petition zugestimmt wird. Allerdings gibt es viele Petitionen, die ihr Ziel erreicht haben. So beschloss der Bundestag vor etwa einem Jahr beispielsweise, die Steuer auf Tampons und Binden von 19 Prozent auf sieben Prozent zu senken. Eine entsprechende Petition hatten mehr als 190 000 Menschen unterzeichnet.

Unterstützerunterschriften sammelte auch Martin Raab. Dazu veröffentlichte er die Petition auf der Website openpetition.de. Dort konnten Gleichgesinnte sein Anliegen unterstützen, mit ihm in Kontakt treten und Verbesserungsvorschläge einreichen. „Es gab viele, die mir kurze Mutmach-E-Mails geschrieben haben und das Anliegen unterstützen“, erzählt Raab.

Petitionen, die innerhalb von vier Wochen mehr als 50 000 Unterstützer haben, werden in einer Sitzung des Petitionsausschusses öffentlich beraten. Die Petition von Martin Raab unterstützten 47 Menschen, dann reichte der Initiator sie offiziell

beim Petitionsausschuss des Bundestags ein. Gehofft hatte Raab auf 80 bis 100 Unterstützer seiner Forderung.

Neu ist die Idee einer Datenbank, wie sie Raab fordert, nicht. In den USA gibt es sie bereits seit Langem, Polen führte sie 2018 ein. Gerade das System der Vereinigten Staaten kenne er gut, sagt Raab. Er arbeitet in der Finanzbranche für ein Schweizer Unternehmen, ist beruflich seit 14 Jahren regelmäßig im Süden der USA tätig. „Dort ist es nicht unüblich, dass die Vor- und Nachnamen von Zuzüglern in der Nachbarschaft auch mal durch die einschlägigen Online-Datenbanken gejagt werden“, sagt der gelernte Bankkaufmann. Das führt seiner Meinung nach dazu, dass Eltern „eine klipp und klare Einschätzung darüber erhalten, ob ein Wolf im Schafspelz in der Nähe ihrer Kinder lauert“.

Drei Wochen, nachdem er seine Petition beim Bundestag eingereicht hatte, erhielt Martin Raab Post aus Berlin. In dem Schreiben, das der

Memminger Zeitung vorliegt, wird die Petition zur Einrichtung der Datenbank abgewiesen. Eine solche Forderung sei bereits früher Gegenstand einer Petition gewesen und damals schon abgelehnt worden, heißt es darin (siehe Artikel unten).

Raab will diese Antwort nicht einfach so akzeptieren. „Sie ist viel zu sehr auf den Täterschutz gemünzt und sehr tendenziös“, findet er. Eine Antwort an den Petitionsausschuss hat er bereits verfasst.

Raab ist Realist. Er weiß, dass er mit seiner Petition vermutlich nicht die gewünschte Gesetzesänderung erreichen wird. Es deshalb gar nicht erst zu probieren, komme für ihn aber nicht in Frage. Neben seiner Petition suchte er deshalb auch den Kontakt zu Politikern. Das griffigste Feedback habe er vom Allgäuer

CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke erhalten. „Inhaltlich treibt uns als CSU das Thema, das Herr Raab angesprochen hat, schon lange um“, teilt Stracke, familienpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag, mit. Deshalb wolle seine Partei etwa, dass eine Verurteilung wegen Kindesmissbrauch lebenslang in das erweiterte Führungszeugnis eingetragen wird. Bisher werden derartige Einträge dort nach zehn Jahren gelöscht. „Herr Raab unterstreicht mit seiner Petition die Notwendigkeit zum Handeln und macht konkrete Vorschläge. Das begrüße ich sehr“, teilt Stracke mit.

Raab sieht den Vorschlag der CSU als ersten Erfolg seiner Bemühungen. „Das ist noch lange kein Transparenz-Standard auf Niveau einer Straftäter-Datenbank, aber immerhin ein erster Schritt.“ Er glaube, dass es in den nächsten Jahren eine weitaus größere Öffentlichkeit dafür geben werde, den Täterschutz zurückzuführen – und dann vielleicht doch die Einführung einer Datenbank Schlagzeilen machen wird.



„Das Thema
treibt die CSU
schon lange um.“

Stephan Stracke, MdB

CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke erhalten. „Inhaltlich treibt uns als CSU das Thema, das Herr Raab angesprochen hat, schon lange um“, teilt Stracke, familienpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag, mit. Deshalb wolle seine Partei etwa, dass eine Verurteilung wegen Kindesmissbrauch lebenslang in das erweiterte Führungszeugnis eingetragen wird. Bisher werden derartige Einträge dort nach zehn Jahren gelöscht. „Herr Raab unterstreicht mit seiner Petition die Notwendigkeit zum Handeln und macht konkrete Vorschläge. Das begrüße ich sehr“, teilt Stracke mit.

Raab sieht den Vorschlag der CSU als ersten Erfolg seiner Bemühungen. „Das ist noch lange kein Transparenz-Standard auf Niveau einer Straftäter-Datenbank, aber immerhin ein erster Schritt.“ Er glaube, dass es in den nächsten Jahren eine weitaus größere Öffentlichkeit dafür geben werde, den Täterschutz zurückzuführen – und dann vielleicht doch die Einführung einer Datenbank Schlagzeilen machen wird.

„Die Spirale der Gewalt wird weitergedreht“

Petition II Wie ein Psychoanalytiker die Forderung nach einer öffentlichen Datenbank für Sexualstraftäter beurteilt

Memmingen Der Memminger Martin Raab will, dass Menschen, die wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt werden, künftig in einer öffentlichen Datenbank erfasst werden. Dazu hat der 41-Jährige eine Petition an den Bundestag gestartet (siehe oben stehender Artikel).

„Junge Familien sind in Deutschland derzeit völlig im Blindflug in puncto Hintergrundcheck von Kontaktpersonen ihrer Kinder“, sagt er. Laut Raab handle es sich bei einer Mehrheit der Missbrauchsfälle nicht um spontane Taten, „sondern jemand bahnt sich seinen Weg – mal schneller, mal langsamer – über Zugang zur Familie oder ähnliche Vertrauenspositionen“. Durch die Datenbank hätten Eltern eine Möglichkeit, verurteilte Straftäter im Umfeld ihrer Kinder zu erkennen. „Es

darf keine Verstecke für Täter mehr geben“, sagt Raab.

Einer, der täglich mit verurteilten Straftätern arbeitet, ist der Psychoanalytiker Dr. Markus G. Feil. Er leitet die Fachambulanz für Gewalt- und Sexualstraftäter in München, die eine Außenstelle in Memmingen hat. Dort werden Straftäter nach Verbüßen ihrer Strafe psychologisch betreut. Auf Anfrage der *Memminger Zeitung* gab Feil eine Stellungnahme zu einer solchen Datenbank aus psychologischer Sicht ab: „Auch wenn ich das Schutzbedürfnis jeder und jedes Einzelnen verstehen kann und kein Zweifel besteht, dass jede Straftat eine zuviel ist – die Arbeit mit Straffälligen muss Professionellen überlassen werden und letztlich auf Resozialisierung zielen“, stellt Feil darin klar. Er sehe nicht, wie es



Dr. Markus G. Feil leitet die Fachambulanz für Gewalt- und Sexualstraftäter in München. Archivfoto: Kurt Bauer

dem sozialen und gesellschaftlichen Frieden dienen sollte, wenn öffentlich bekannt sei, welcher ehemalige Straftäter wo wohnt. „Ich sehe viel-

mehr die Gefahr, dass dann Maßnahmen der Selbstjustiz ergriffen werden, die Spirale der Gewalt also weitergedreht wird“, sagt Feil.

Aus wissenschaftlicher Sicht sei klar, dass Sexualstraftäter nicht unter Generalverdacht gestellt werden dürften – „denn die wenigsten der einmal entsprechend Auffälligen tun es ein zweites Mal“, betont Feil. Wichtiger sei es, die wenigen dauerhaft Gefährlichen unter ihnen zu identifizieren, sie zu überwachen und zu behandeln. Ob eine solche Datenbank datenschutzrechtlich überhaupt möglich sei, sei eine ganz andere Frage.

„Erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit, insbesondere der Verhältnismäßigkeit“ einer solchen Datenbank, werden auch in einem Schreiben des Petitionsaus-

schusses des Bundestags geäußert, das Raab als Antwort auf seine Forderung erhielt. Eine öffentliche Nennung von Namen und Wohnort der verurteilten Straftäter „würde bei sehr ungewissem Nutzen einen gravierenden Eingriff in das Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung darstellen“, heißt es dort.

Außerdem stehe die Veröffentlichung von Namen und Bildern von Sexualstraftätern im Widerspruch zu dem Ziel, Straftäter in Deutschland zu resozialisieren. Falls Nachbarn eines Menschen mitbekommen, dass dieser zuvor wegen eines Sexualdelikts im Gefängnis saß, käme dies einer Prangersituation gleich und würde zu Ausgrenzung, Isolierung und Stigmatisierung des Haftentlassenen führen, heißt es in dem Schreiben. (mz)

Polizeibericht

MM-AMENDINGEN/EGG AN DER GÜNZ

Diebe schlagen in Schule und Kindergarten zu

Ermittlungen laufen bei der Polizei nach zwei Diebstählen in der vergangenen Woche: Wie jetzt mitgeteilt wurden am Mittwochvormittag in der Grundschule in Egg an der Günz insgesamt sechs Schülern verschiedene, größtenteils neuwertige Kleidungsstücke gestohlen. Die Kleidung hing an einer Garderobe im Flur. Laut Polizei befanden sich zur Tatzeit auch mehrere Baufirmen im Schulgebäude. Einen Einbruch in den Amendinger Kindergarten gab es in der Nacht auf Samstag. Unbekannte Täter drangen durch ein Fenster ein, durchwühlten die Räume, erbeuteten laut Polizei einen geringen dreistelligen Geldbetrag und richteten Sachschaden in Höhe von etwa 500 Euro an. Hinweise unter (08331) 100-0. (mz)

ERKHEIM

Kollision mit Fußgänger: Radler am Kopf verletzt

Nach dem Zusammenstoß mit einem Fußgänger musste am Samstag ein Radfahrer ins Krankenhaus gebracht werden. Der 56-Jährige war laut Polizei am Abend auf dem gemeinsamen Fuß- und Radweg von Erkheim in Richtung Schlegelberg unterwegs. Aufgrund von Dunkelheit und wegen der verengten Fahrbahn stieß er mit einem 43-Jährigen zusammen, der ihm zu Fuß entgegenkam. Der Radfahrer stürzte und erlitt eine Platzwunde am Kopf sowie diverse Prellungen. Der Fußgänger kam mit einem Schrecken davon. (mz)

OTTOBEUREN

Mann belästigt Ex-Freundin und droht der Polizei

Ein Streit zwischen einem 36-Jährigen und seiner Ex-Freundin endete in Ottobeuren damit, dass der Mann in Fesseln abgeführt wurde. Am Freitagmittag war eine Streife gerufen worden, weil sich der polizeibekannt Mann gegen den Willen der Frau in deren Wohnung aufhielt. Trotz Aufforderung verließ er die Wohnung nicht, sondern zeigte den Beamten stattdessen durch ein Fenster ein Messer. Der 36-Jährige, der sich laut Polizei im Drogenmilieu bewegt, wurde daraufhin überwältigt und gefesselt, wobei er Widerstand leistete. Er kam bis zum Abend in Gewahrsam. (mz)

WORINGEN

Stahlteile auf der Autobahn verursachen Unfall

Stahlteile für eine Mauer, die ein Unbekannter verloren hat, haben am Freitagmorgen einen Unfall auf der A 7 zwischen den Anschlussstellen Memmingen-Süd und Woringen verursacht. Aufgrund des Regens und der Morgendämmerung erkannte ein Autofahrer die Teile zu spät und fuhr darüber. Am Pkw entstand Schaden von etwa 4000 Euro – unter anderem betroffen war die Ölwanne, weshalb die Autobahnmeisterei zum Abbinden der Betriebsstoffe vor Ort war. (mz)

Blickpunkte

MEMMINGEN

Krippengeld ist Thema im Ausschuss

Über eine Anrechnung des Bayerischen Krippengeldes als vorrangige Leistung bei der Übernahme von Elternbeiträgen durch die Stadt spricht der Memminger Finanz- und Hauptausschuss in seiner Sitzung am Donnerstag, 22. Oktober. Beginn ist um 16.30 Uhr im Rathaus in Memmingen. (mz)